

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wortführer: Abonnementpreis 0,75 Mk.;  
bei fester Bestellung durch den Briefträger  
ins Haus 18 Pf. mehr.  
Alle Postämter nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Stichtags-Vorstand).  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen von Jella:  
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,  
Verbandsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.  
Werbungen und Gebührens:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Gemeindeprediger: Amt VII, Nr. 172.

Nr. 72.

Berlin, Sonnabend, 9. September 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis:

Vorpostengeplänkel. — Bundestag der technisch-industriellen Beamten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen.

## Vor der Tür

steht der Quartalswechsel, und damit ist wiederum der Zeitpunkt herangerückt, das Abonnement auf den „Gewerkeverein“ zu erneuern und ihm neue Abonnenten zuzuführen.

## Von allen Seiten

drängen die Gegner gegen uns heran; eine unermeßliche Fülle sozialpolitischer Materials steht zur öffentlichen Diskussion. Wer

## allen Situationen gewachsen

sein will, der muß das Verbandsorgan regelmäßig lesen. Kein Kollege, der mit Erfolg für unsere Sache wirken will, kann es entbehren.

Darum,

## Ausschußmitglieder und Vertrauensleute,

seid Eurer Pflicht eingedenk und fordert in jeder Sitzung zum Abonnement des „Gewerkeverein“ auf! Werbt Freunde und Leser, damit unsere Ideen in immer weitere Kreise hineingetragen werden!

**Nehmt selbst die Bestellungen entgegen und übermittle sie dem zuständigen Postamt!**

## Vorpostengeplänkel.

Der sozialdemokratische Parteitag, der nächsten in Jena abgehalten wird, wirft seine Schatten bereits voraus, und wie in früheren Jahren so ist auch diesmal wieder für die nötige Unterhaltung gesorgt. Es wird wieder gehörig Leben in der Bude sein. Man wird sich gegenseitig wieder tüchtig die Kröpfe walchen. Sonst würde die ganze Gesellschaft auch erheblich an Reiz verlieren. Außerdem kann sich die Sozialdemokratie den Luxus ja auch leisten. Nach der Vorstellung reicht man sich brüderlich wieder die Hände, bis der nächste Parteitag naht und der Spektakel von neuem beginnt.

Natürlich sind es wieder die Gegenläufe zwischen Radikalen und Revisionisten, welche die Ursache zu den Auseinandersetzungen abgeben, und beziehungsweise sind wieder die Süddeutschen die Karikatur, die angefangen haben. Die württembergische Sozialdemokratie hat in diesen Tagen ihre Landesversammlung abgehalten. Dabei wurde den Radikalen so übel mitgespielt, daß sie unter Protest das Vokal verließen. Der radikale Flügel steht unter Führung des Redakteurs Westmeyer, dem ebenso wie seinen Gesinnungsgenossen in der Redaktion von der Landesversammlung die Stellung gekündigt wurde. Die Niederlage, an der auch der anwesende Vertreter des Parteivorstandes Ebert nichts ändern konnte, ist natürlich von den Radikalen nicht ruhig hingenommen worden. Es wurden Gegen-erklärungen veröffentlicht, in denen man sich über die Vergewaltigung beschwerte, und selbstverständlich hat sich der „Vorwärts“ mit den radikalen sozialdemokratischen Zeitungen auf die Seite der Unterlegenen geschlagen und verlangt nunmehr durch den Parteitag „Rache!“.

Bei diesen Auseinandersetzungen ist es auch einmal an die Öffentlichkeit gekommen, wie in der Sozialdemokratie „geschoben“ wird. Die revisionistische „Schwäbische Tagwacht“ beschwert sich über einen unerhörten Gewaltstreich, den die radikalen Stuttgarter Genossen bei der Wahl der Delegierten zum Parteitag verübt haben. Der radikale Vorstand des ersten württembergischen Reichstagswahl-freies hat nämlich ein Ergebnis der Delegiertenwahl veröffentlicht, wonach der Redakteur Westmeyer an letzter Stelle gewählt war. In Wirklichkeit aber hatte der Vorstand genogelt, und Westmeyer, den man gern zum Parteitage schicken will, war durchgefallen. Als diese Tatsache von der „Schwäbischen Tagwacht“ öffentlich gebrandmarkt wurde, erklärte der Wahlvereinsvorstand nicht einfach denjenigen für geblöht, der anstatt Westmeyer zum Parteitage hätte gehen müssen, sondern er ordnete eine zweite Wahl der Delegierten an, in der Hoffnung, daß jetzt wirklich Westmeyer gewählt werden würde. Der revisionistische Vorsitzende des Landesvorstandes der Sozialdemokratie Württemberg, Reichstagsabgeordneter Hildenbrand, fordert aber nunmehr zum Fernbleiben von dieser Wahl auf und kündigt einen wohlgegründeten Protest für den Parteitag an. Auch diese Vorgänge, die auf Differenzen zwischen rechten und linken Flügel zurückzuführen sind, werden sicherlich manchen Staub aufwirbeln.

Daß es sich bei allen diesen Streitigkeiten nicht um nebensächliche Dinge handelt, zeigt die Parteitagsnummer der „Soz. Monatshefte“, die in dreifacher Stärke erschienen ist und in der die hervorragendsten Revisionisten zu aktuellen Fragen Stellung nehmen. Darunter befindet sich auch der Badenjer Kolb, der sich im vorigen Jahre zusammen mit Dr. Frank gegen die Radikalen seiner Haut wehren mußte. In einem Artikel „Ein Wort zu den Reichstagswahlen“ spricht er sich für ein Zusammengehen von Sozialdemokratie und Liberalismus aus und setzt sich bei dieser Gelegenheit mit den Radikalismus, den Intransigenten, auseinander. Kolb meint, daß wenn auch zunächst die Voraussetzungen für die Bildung einer parlamentarischen Mehrheit gegen den schwarzblauen Block noch nicht vorhanden seien, die Schaffung einer solchen Mehrheit doch nicht außerhalb des Reiches der Möglichkeit liege. Die Zahl derer, die dafür zu haben sind, sei sowohl im Liberalismus wie in der Sozialdemokratie gering. Die Intransigenten, das heißt die Radikalen haben und drüben hätten sich in eine Sackgasse verannt. Und dann heißt es weiter:

„Weder die Hoffnungen der Scharfmacher und ihrer Anhänger noch die der hyperrevolutionären Sozialdemokraten werden sich erfüllen. Deutschland kann den Zustand, wie er jetzt in der inneren Politik besteht, auf die Dauer nicht ertragen; andererseits sind die Verhältnisse aber auch nicht im mindesten dazu angetan, die Durchführung der sozialen Revolution im Sinne der sozialdemokratischen Intransigenten zu erwarten zu lassen. Die Anschauung, als ob unsere innere Politik, die zu ändern man sich ohnmächtig fühlt, das naturnotwendige Produkt der Entwicklung des Kapitalismus und infolgedessen eine grundpolitische Veränderung auf der gegebenen wirtschaftlichen Basis unmöglich sei, ist ebenso falsch und verhängnisvoll wie die sinnlose Angst der liberalen Philister vor der revolutionären Sozialdemokratie. Das Umsturzgespenst ist ein lächerliches Phantasiegebilde. Die Sozialdemokratie wird durchaus nicht den Versuch machen, die kapitalistische Gesellschaftsordnung gewalttätig umzuküßern. Das wäre eine vollendete Parodie, also ein politisches Verbrechen. Für solche sinnlosen, aller politischen Logik baren Experimente wäre auch die Masse der politisch aufgeklärten Arbeiter gar nicht zu haben. Niemand kennt weniger die politische Psychologie der Massen als die, die sich fortgesetzt für ihre unpolitischen, lediglich einem übertriebenen Agitationsbedürfnis entpringenden Aktionen auf sie berufen. Es ist eben für die Intransigenten ein Glück, daß sie nie in die Lage kommen, bei ihren Theorien die Probe aufs Exempel zu machen; so können sie sich wenigstens noch einbilden, daß sie überhaupt eine Theorie haben.“

Wenn schon eine gegen die politische Reaktion gerichtete Parteikonstellation zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie für unmöglich und phantastisch erklärt wird, mit welchem Recht will man sich auf die in Aussicht stehende soziale Revolution berufen? Sind denn dafür die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, oder ist es nicht vielmehr die größte Illusion zu glauben, daß in absehbarer Zeit die kapitalistische Gesellschaft am Ende ihres Lateins angekommen sein wird? Wie stellen sich die Politiker die Dinge in Preußen, Deutschland in den nächsten 4 bis 6 Jahrzehnten eigentlich vor? Worauf warten sie, worauf gründen sie ihre Hoffnungen? Man gebe doch darauf einmal eine klare und bündige Antwort.

Die politische Aufgabe der Sozialdemokratie kann weder jetzt noch für absehbare Zeit darin bestehen, die sozialistisch organisierte Gesellschaft zu etablieren; denn dazu fehlen die notwendigen Voraussetzungen in noch höherem Maß als für die Verschiebung der politischen Machtverhältnisse von rechts nach links. Selbst wenn die Sozialdemokratie durch irgendwelche zufälligen nicht voraussehbaren Ereignisse einmal die politische und parlamentarische Macht an sich reißen könnte, wäre sie nicht imstande, die in der ökonomischen Basis begründeten Klassen- und Klassengegenstände zu beseitigen. Es ist deshalb auch eine logisch unhaltbare, politisch absurde Auffassung, in den Klassengegenständen den Schlüssel für die in Deutschland herrschenden politischen Zustände zu suchen. Der Klassengegenstand ist bei aller Bedeutung, den man ihm beilegen mag, nicht der allein entscheidende Faktor in der Politik; er kann und darf es vernünftiger Weise nicht sein, da noch ein Duzend und mehr anderer Momente hier eine sehr wichtige Rolle spielen. Gewiß ist es sehr bequem die schwierigsten politischen Probleme immer auf die einfache Formel des Klassengegenstandes zu reduzieren. Wer das tut, entzieht sich damit aber den Boden für eine erfolgreiche, positiv umgestaltende Tätigkeit. . . . Es ist überhaupt auffallend, wie unmarxistisch unsere Edelmarxisten in ihrem politischen Denken und Handeln oft sind. Anstatt durch die politische Arbeit umfassend zu wirken und die künftige Entwicklung zu beeinflussen, predigen sie mit bewundernswürdiger Ausdauer die politische Abstinenz und stürzen sich von einer Enttäuschung in die andere. Am liebsten würden sie die kapitalistische Gesellschaftsordnung mit Resolutionen erdröseln. Kein Wunder, wenn sie mit allen auf positives Arbeiten gerichteten Organisationen des Proletariats in Konflikt geraten, und wenn schließlich die verantwortlichen Instanzen es ihnen gar nicht mehr recht machen können. Die Intransigenten ist innerlich hohl und bankerott; je früher die gründliche Abrechnung mit ihr erfolgt, um so besser für die sozialdemokratische Partei und die Arbeiterklasse. Wenn es möglich wäre, die selten günstige Situation für die Reichstagswahlen zu verderben und der Reaktion aus einer mehr als mißlichen Lage herauszuheulen, so würden es die Parteigenossen fertig bringen, die jedesmal Darm schlagen und das Volk auf die Schanzen rufen wollen, wenn die Partei respektive ihre parlamentarische Vertretung inhalten macht wichtige Politik zu treiben, um zum Beispiel nach der Abstimmung über die einjährig-frühverpflichtende Verfassung.“

Das sind bittere Wahrheiten für die Genossen vom Schlafe der Rautsch und der blutigen Rola. Vergessen werden sie darüber, was zwischen ihnen vorgefallen ist, und Arm in Arm werden sie in Jena gegen die Revisionisten zu Felde ziehen, die

die Blüten des Radikalismus so schamlos enthüllen. Zweifellos wird es ihnen auch gelingen, eine papierre Resolution gegen die Zweifler am Parteidogma durchzuführen. Aber wie diese Auseinandersetzungen sich auch abspielen mögen, lehrreich und interessant sind die Darlegungen Kolbs auf alle Fälle. In den Reihen der Sozialdemokratie selbst zweifelt man längst an der Erfüllbarkeit ihrer Forderungen. Was Kolb offen ausspricht, denken viele andere. Trotzdem blendet und täuscht man die große Masse durch Vorpiegelung von Trugbildern. Räte man dies nicht, so wäre der Einfluß auf sie dahin. Schließlich aber wird auch diese zur Erkenntnis kommen und sich loslagern von jenen falschen Propheten, die das Volk wider besseres Wissen irreführen.

### Bundestag der technisch-industriellen Beamten.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten hat Anfang dieser Woche unter starker Beteiligung aus allen Teilen des Reiches in Berlin seinen 7. Bundestag abgehalten. Sowohl die beratenden Gegenstände als auch die Art ihrer Behandlung sind so lehrreich, daß hier wenigstens kurz die Beschlüsse wiedergegeben werden sollen. Das erste Referat betraf die Versicherung der Privatangeestellten. Zur Annahme gelangte folgende Resolution:

„Der Bundestag hält die Annahme der Reichsversicherungsordnung in ihrer gegenwärtigen Fassung für einen schweren sozialpolitischen Fehler. Besonders bedauert er, daß in der Invalidenversicherung die Wünsche der Angestellten keinerlei Berücksichtigung gefunden haben und daß verhindert worden ist, die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangeestellten in organischem Zusammenhang mit unserer gesamten sozialen Versicherung zu schaffen. Der am 18. Rai dem Reichstage vorgelegte Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte weist gegenüber dem Vorentwurf nur ganz unwesentliche Verbesserungen auf. Auch vermog er den gegen den Vorentwurf erhobenen Einwand, daß seine Grundlage völlig verfehlt ist, in keiner Weise zu erschüttern. Sollte aber dennoch der Reichstag sich bereit finden, die Versicherungsfrage der Privatangeestellten auf dem von der Regierung vorgeschlagenen Wege zu lösen, so müßte zum mindesten der organisatorische Zusammenhang der Sonderversicherung mit der allgemeinen Invalidenversicherung unter gleichzeitiger Erweiterung der den Versicherten in Regierungsdienstverhältnissen ausstehenden Selbstverwaltungsräte hergestellt werden. Ferner müssen unter allen Umständen die Erbschaften völlig ausgeschlossen werden.“

Das Thema „Strafrechtsreform und Koalitionsrecht“ behandelte Redakteur Ruttner-Berlin, der die vorliegenden Entwürfe der Strafrechtsreform scharf kritisierte und eine Resolution empfahl, die in folgender Fassung einstimmig angenommen wurde:

„Den schweren Gefahren, die dem Arbeitnehmer aus dem kapitalistischen Wirtschaftssystem drohen, vermog er nur durch solidarisches Zusammenstehen mit seinen Berufskollegen zu begegnen. Das Solidaritätsgefühl bildet einen wesentlichen Bestandteil der Standesethik der Angestellten. Einer den heutigen Verhältnissen angepaßten Strafrechtspflege erwächst daraus die Aufgabe, dem Solidaritätsgefühl als einem sittlichen Gut des gesamten Volkes Rechnung zu tragen und seine ethische Berechtigung durch Gesetzgebung und Rechtsprechung anzuerkennen. Der heutige Rechtszustand steht mit dieser Forderung in schärfstem Widerspruch, da zwar das Koalitionsrecht der Arbeiter und Angestellten theoretisch anerkannt, die Ausübung dieses Rechtes jedoch durch eine Reihe Strafvorschriften bzw. deren Auslegung unmöglich gemacht wird. Der vom Reichsjustizamt veröffentlichte Vorentwurf zu einem deutschen Strafrechtbuch läßt befürchten, daß die bevorstehende Strafrechtsreform den heutigen Zustand, anstatt ihn zu verbessern, noch verschlechtern wird. Die Bestimmungen über Kötigung, Raubzwang und Aufwiegelung werden so erweitert, daß sie zu einer ungeheuerlichen Bedrohung des Koalitionsrechtes werden. Auch die angebliche Verbesserung des Erpresserparagrafen bietet weder in der Fassung des Vorentwurfes, noch in der der Novelle zum Strafrechtbuch Gewähr für eine bessere Rechtspraxis. Gegenüber dieser Gefährdung des Koalitionsrechtes fordern die technischen Angestellten seine unbedingte Sicherstellung durch die bevorstehende Strafrechtsreform, also Befreiung aller Vorschriften, durch die die Ausübung des Koalitionsrechtes unter Strafe gestellt wird, und die den Charakter eines Ausnahmefalles gegen den Arbeitnehmer tragen. Gleichzeitg richten wir an die Organe der deutschen Rechtsprechung den Appell, schon jetzt durch eine dem Rechtsgefühl des Volkes entsprechende Gesetzesauslegung der Anerkennung des Solidaritätsgebahens durch die Rechtspflege zum Durchbruch zu verhelfen.“

Das letzte große Referat behandelte die gewerkschaftlichen Kämpfe der Angestellten. Der Referent Lüdemann wies mit Genugtuung auf die Bedeutung des Solidaritätsgefühls und des Machtbewußtseins der technischen Beamten hin, wodurch allein die Erfolge der Ma-

rinetechniker ermöglicht worden seien. Dieses Solidaritätsgefühl der Angestellten müßte mehr und mehr gefärt werden, selbst wenn, wie zu hoffen sei, die Arbeitgeber mit der Zeit mehr Neigung zur friedlichen Verständigung mit den Angestellten bekommen sollten. Die Diskussion, die diesem Referat folgte, endigte mit der Annahme folgender Resolution:

„Unter dem Eindruck der Arbeitskämpfe der letzten Jahre hat sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn gebrochen, daß die durch sie verursachten Störungen des Wirtschaftslebens nur durch Vereinbarung des Arbeitsvertrages von Organisation der Organisation herbeigeführt werden können. Während aber die Arbeitnehmer seit langem ihre Bereitschaft erklärt haben, diesen Weg zu betreten, glaubt das Unternehmertum noch immer, jedes Verhandeln mit den Organisationen der Gegenseite ablehnen zu dürfen. Seine Schuld ist es daher, daß durch diese Weigerung die friedliche Verständigung über die Arbeitsbedingungen außerordentlich erschwert und in Konfliktsfällen eine unnötige Schärfe verliehen worden ist. Der Bundestag hat mit Empörung davon Kenntnis genommen, daß auch den Angestellten gegenüber diese schamhafte Taktik angewendet worden ist und daß namentlich auch der Versuch der Berliner Eisenkonstrukteure, mit Hilfe ihrer Organisation eine grundsätzliche Regelung ihres Dienstvertrages zu erzielen, bei dem beteiligten Arbeitgeberum nur eine kräftige Ablehnung erfahren hat. So sehr die technischen Angestellten diese ablehnende Haltung beauern, halten sie sich doch im Interesse ihres Standes für verpflichtet und sind bereit, den Kampf um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln weiterzuführen. In der Ueberzeugung, daß dieses Vorgehen die Sympathie aller billig Denkenden finden wird, wenden sie sich mit dem Appell an die breite Öffentlichkeit, ihnen in diesem schweren Kampfe ihre moralische Unterstützung zuteil werden zu lassen.“

Die angenommenen Resolutionen zeigen, daß der Bund der technisch-industriellen Beamten die Zeit versteht. Dafür spricht auch die Tatsache, daß die monatlichen Beiträge von 2 auf 3 Mk. erhöht und die Unterstützungseinrichtungen wesentlich ausgebaut wurden. Es ist erfreulich, daß unter diesen Angestellten mehr und mehr die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß sie unter denselben möglichen Zuständen zu leiden haben, wie die Arbeiter, und daß sie im Kampfe um bessere Lebensbedingungen dieselben Mittel anwenden müssen wie die Arbeiter. Das ist deutlicher als je auf diesem Bundestage zum Ausdruck gekommen. Goffentlich trägt sein Verlauf mit dazu bei, daß die Ueberzeugung unter den Angestellten immer weiteren Boden findet, daß Angestellte und Arbeiter die wirtschaftlichen Kämpfe Schulter an Schulter führen müssen.

### Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 8. September 1911.

Der glänzende Verlauf unserer Jugendkonferenz legt allen Gliedern des Verbandes die Verpflichtung auf, nunmehr mit aller Kraft dafür einzutreten, daß unsere Jugendbewegung immer weitere Kreise zieht und überall neue Jugendabteilungen gegründet werden. Der Vorwurf der mangelnden Unterstützung und Gleichgültigkeit, der auf der Konferenz mehrfach gegen die Gewerkevereinskollegen erhoben wurde, muß für die Zukunft verstummen. Jeder einzelne, der unsere Sache fördern will, muß auch der Jugendbewegung seine Hilfe angedeihen lassen. Wo noch keine Jugendabteilungen bestehen, müssen sie jetzt, da die Zeit günstig ist, unerbüßlich ins Leben gerufen werden. Die bereits gegründeten Jugendabteilungen aber müssen wir unterstützen nicht allein dadurch, daß wir uns ihnen als passive Mitglieder anschließen, sondern auch dadurch, daß wir mit unserer ganzen Persönlichkeit für sie eintreten. Erst wenn die jungen Leute erkennen, daß ihre Bestrebungen auch von den älteren Kollegen gewürdigt und unterstützt werden, können sie mit dem Eifer und der Begeisterung für ihre Bewegung wirken, die notwendig sind, um mit den anderen Organisationsrichtungen auf diesem Gebiete Schritt halten zu können. Vor allen Dingen aber müssen die Söhne und Töchter der Gewerkevereinskollegen den Jugendabteilungen jetzt zugeführt werden. Das ist die geringste Unterstützung, die unsere Jugendbewegung von den Erwachsenen verlangen kann.

Die Beschlüsse der Jugendkonferenz sind wohl geeignet, der Bewegung die Wege zu ebnet. Jetzt liegt es an den Gewerkevereinsmitgliedern selbst,

sie in flotteren Gang zu bringen. Das Wort „Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“, muß uns immer gegenwärtig sein. Darum nochmals, unterstützt die Jugendbewegung und sorgt dafür, daß der in Berlin ausgetreute Same reiche Früchte trägt!

Der Gewerkeverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter hat für die nächste Woche einen außerordentlichen Delegiertentag nach Heidelberg einberufen, an den sich eine außerordentliche Generalversammlung der Hilfskasse anschließen wird. Die Verhandlungen beginnen am Sonntag, den 10. September; als Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses nimmt der Verbandsstasrierer Kollege Klein daran teil. Notwendig geworden ist die Tagung hauptsächlich durch die schwere Belastung, die das gesamte Tabakgewerbe namentlich durch die Reichsfinanzreform getroffen und die auch eine starke Wirkung auf unsern Gewerkeverein ausgeübt hat. Die Unterstützungseinrichtungen werden mehr als früher in Anspruch genommen. Andererseits muß auch die Situation ausgenutzt werden, um die Indifferenten für die Organisation zu gewinnen. Schon diese kurzen Hinweise zeigen zur Genüge, daß wichtige Fragen auf dieser Heidelberger Tagung verhandelt werden. Aber auch die Generalversammlung der Hilfskasse ist vor eine wichtige Entscheidung gestellt. Gilt es doch mit Rücksicht auf das Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung, die Hilfskasse den veränderten Verhältnissen anzupassen.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, heute hier im einzelnen die Fragen zu erörtern, die in Heidelberg zur Verhandlung gelangen. Das aber faun schon heute gesagt werden, daß die Delegierten unseres Gewerkevereins vor wichtige Entscheidungen gestellt werden. Diese können nur dann zum besten des Gewerkevereins und seiner Mitglieder getroffen werden, wenn die Abgeordneten alle Sonderinteressen in den Hintergrund stellen und nur darauf bedacht sind, das allgemeine Wohl zu fördern. Wir sind überzeugt, daß die Männer, die jetzt zusammenkommen, um über das Wohl des Gewerkevereins zu beraten, sich ihrer hohen Verantwortung bewußt sind und das Vertrauen, das man ihnen durch Uebertragung eines Mandats geschenkt hat, in jeder Beziehung rechtfertigen werden. Unser Wunsch, den wir ihnen bei ihrer Ankunft in Heidelberg entgegenbringen, geht dahin, daß die Verhandlungen getragen werden von echtem alten Gewerkevereinsgeiste, und daß die gefaßten Beschlüsse die Einigkeit und den Zusammenhalt im Gewerkeverein fördern und die Freude an der Verbandsgemeinschaft stärken mögen!

Der preussische Eisenbahnminister und die Arbeiterorganisationen. Ende vorigen Monats besichtigte der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach auch die Hauptwerkstätte von Montigny in Lothringen. Bei dieser Gelegenheit empfing er auch den Arbeiterausschuß und hielt an ihn eine Ansprache über seine grundsätzliche Stellung zu den Organisationen. Dabei erklärte er, daß er gegen die Zugehörigkeit zu einer Arbeitervereinigung nichts einzuwenden habe. Unbedingte Voraussetzung dafür sei aber, daß sich die Vereine von sozialdemokratischen Bestrebungen fernhalten, die Arbeitseinstellung — deren verderbliche Folgen ja jüngst in den Nachbarländern zutage getreten seien — von den Mitteln zur Durchsetzung irgend welcher Ansprüche ausschließen und auch sonst ihr Verhalten den Anforderungen der Ordnung und Dienstgüht anpassen. Leider aber habe der Elsaß-Lothringische Verband in der kurzen Zeit seines Bestehens schon zu ernstest Ausstellungen Anlaß gegeben. In Straßburg habe der Verband den Versuch gemacht, die Mitglieder eines Arbeiterausschusses wegen der Ausübung ihres Amtes zur Rechenschaft zu ziehen, und, als sich die Ausschussmitglieder dagegen wehrten, es dahin gebracht, daß sich der Ausschuss nur noch aus Verbandsangehörigen zusammensetzte. Ein unter solchem Druck gebildeter Ausschuss könne aber nicht als freie Vertretung der Arbeiterschaft — von der ja nur ein Teil dem Verbands beizutreten sei — angesehen werden. Im weiteren habe der Vorsitzende des Verbandsvorstandes in einer Arbeiterversammlung aufreizende Reden geführt, die in ihrem Zusammenhang nur als gegen die eigene Verwaltung gerichtet hätten aufgefaßt werden können. Dem Verlangen der Verwaltung, seine Äußerungen im Verbandsorgan richtig zu stellen, sei er zwar nachgekommen, aber unter Beifügung einer Einleitung, welche die eigentliche Erklärung widerrief und sich außerdem ihrer Form nach als eine grobe Disziplinwidrigkeit darstelle. Dem Arbeiter habe deswegen das Dienstverhältnis

geündigt werden müssen. Sehr bedauerlich sei es auch, daß ein dem Verbands angehöriger Verein zu wiederholten Malen und einer Belehrung und Verwarnung ungeachtet Beamte, die als Vertreter der Verwaltung im amtlichen Auftrage zu einer Versammlung erschienen seien, durch Abstimmung genötigt habe, die Versammlung zu verlassen. Die Sozialdemokratie liebe es, Beamte, welche die Verwaltung zu den Vereinsversammlungen entsende, als Spägel zu bezeichnen. Das sei eine beherzige Entstellung. Mit der Abordnung der Beamten bezwecke die Verwaltung nicht, die Arbeiter in der Freiheit ihrer Meinungsäußerung zu beschränken, sondern nur die Stimmung und die Wünsche der Arbeiterschaft kennen zu lernen. Als in dem bezeichneten Falle die Verwaltung den für jenen Beschluß in erster Linie verantwortlichen beiden Arbeitern das Dienstverhältnis gefährdet habe, sei in dem Organ des Verbandes diese Maßregel in einer demotivierenden Weise, verheißend und disziplinwidrigem Art und Weise besprochen worden, daß auch gegenüber den dafür verantwortlichen Mitgliedern des Verbandsvorstandes zur Kündigung habe geschritten werden müssen.

Letzte in der Haltung des Verbandes keine Forderung ein, so werde die Verwaltung vor die Frage gestellt, gegen den Verband mit ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten, und die Zugehörigkeit zu ihm als mit der Fortdauer des Dienstverhältnisses unentziehlich zu erklären.

Nach dem Bericht der „Nordb. Allg. St.“ nahm der Minister dann noch verschiedene Wünsche aus der Mitte des Arbeiterausschusses entgegen, wofür ihm von einem Mitgliede desselben der Dank ausgesprochen wurde.

**Arbeiterbewegung.** Die Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes in der Metallindustrie sind noch nicht abgeschlossen, sondern werden zunächst noch weitergeführt. Trotz des geringen Entgegenkommens der Unternehmer bezüglich der Lohnverhältnisse scheinen die Beratungen zu einem friedlichen Ende zu führen. — Die Bewegung der Metallarbeiter in Düsseldorf hat einen günstigen Verlauf genommen. 40 Betriebe mit rund 7000 Arbeitern haben die Forderungen bewilligt. Die Zahl der noch Ausständigen beträgt im Höchstfalle noch 700. — Der Streik der Elektromonteur und Hilfsmonteur in Berlin nimmt seinen Fortgang. In einer Reihe kleinerer Betriebe haben sich die Arbeiter der Bewegung noch nachträglich angeschlossen. — Auch in Hamburg sind die Elektromonteur und ihre Helfer in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer dem vom Metallarbeiterverband eingereichten Tarif abgelehnt haben. — Unverändert fort dauert der Streik der Metallarbeiter in Warmen, Eberfeld und Bohnwinkel. In mehreren Betrieben wurden die Arbeiter zu den neuen Bedingungen eingestellt. Auch sonst steht die Bewegung nicht ungünstig, da sich nur sehr wenige Arbeitswillige gefunden haben. — Der Streik im Spathen- und Spathen- und Spathen- zu Nürnberg-Fürth hat eine eigentümliche Wendung genommen. Die Eisenbahndirektion macht nämlich den Versuch, die Güterzufuhr mit Hilfskräften aufrecht zu erhalten. Dadurch ist die Stimmung der Streikenden sehr erregt. Einigungsverhandlungen vor dem Gewerbegericht sind ergebnislos verlaufen. Die Bewegung hat einige recht interessante Momente gezeigt. Die sozialdemokratische Presse Nürnbergs nämlich behauptet, daß die „amtlichen Streikbrecher in der Mehrzahl Christliche seien“. Die Zentrumspresse dagegen weist diesen Vorwurf zurück und bemerkt, daß wenn wirklich Mitglieder des bayerischen Eisenbahnerverbandes Arbeit der Streikenden verrichteten, dies daraus zu erklären sei, daß dieser Verband ein Streikrecht der Staatsbediensteten nicht anerkennt. „Anders ist es beim sozialdemokratischen süddeutschen Eisenbahnerverband. Diese Mitglieder, die hauptsächlich mit als angelegliche Streikbrecher in Frage kommen und die es ihrer Meinung nach auch sind, haben aber, wie wir erfahren, keinen Widerspruch gegen die amtliche Anweisung zum Zustellendienste erhoben. Der süddeutsche Verband soll also seine sich selbst als Streikbrecher charakterisierenden Leute ausschließen“. Beteiligt sind an der Bewegung rund 400 Arbeiter.

Die gelben Arbeitervereine, die unter der Flagge „vaterländisch“ segeln, haben letzten Sonntag in Dresden ihre Jahresversammlung abgehalten. Wir beabsichtigen nicht, auf diese Verhandlungen näher einzugehen. Zur Charakteristik jener auch Arbeiterorganisationen sei nur bemerkt, daß das Hauptreferat über „Die Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit“ Freiherr von

Reichwig-Samburg hielt, der Chefredakteur der „Deutschen Arbeiter-Zeitung“. Der geistliche Leiter des ärztlichen Scharfmacherorgans ist also der Berater der vaterländischen Arbeitervereine. Das besagt alles!

**Aus den Familienzulagen für städtische Arbeiter in Nürnberg** scheint es nicht geworden zu sein. Nach verschiedenen Zeitungsmeldungen hat das dortige Gemeindefollegium nämlich den Magistratsvorschlag abgelehnt und beschlossen, den städtischen Arbeitern keine Familienzulagen, dagegen vom 1. Oktober ab eine tägliche Teuerungszulage von 30 Pf. zu gewähren.

Die Handhabung des Reichsvereinsgesetzes durch die Behörden hat schon oftmals unseren Widerspruch wachgerufen. In welcher willkürlichen Weise von amtlicher Stelle häufig vorgegangen wird, zeigt folgender Fall: Bei Beginn einer am 28. Mai in Kroschwitz im Kreise Breslau tagenden Versammlung unter freiem Himmel forderte der überwachende Beamte, Gendarm Waibaum-Koberwitz als angemessenen Platz, der ihm auf Grund des Reichsvereinsgesetzes anzuweisen sei, einen Stuhl und wollte andernfalls die Tagung verhindern. Auf eine Beschwerde beim Breslauer Landrat erging unter dem 29. August der Bescheid, bei Versammlung unter freiem Himmel können Ueberwachungsbeamte keinen Stuhl beanspruchen. Der Landrat habe vorgezogen, daß solche ungesetzliche Forderungen in Zukunft nicht mehr vorkommen.

Daß der Herr Landrat das Verlangen des Gendarmen als ungerechtfertigt erklärt hat und für die Zukunft ähnliche Vorkommnisse verhüten will, ist ja ganz gut und ganz schön. Wir machen aber darauf aufmerksam, daß bis zu diesem Entschluß mehr als ein Vierteljahr vergangen ist. Aber auch abgesehen davon zeigt der Vorfall, mit welcher Rücksichtslosigkeit bisweilen unsere Polizeiorgane die Vorschriften des Gesetzes nach ihrem Belieben auslegen. Sätze es sich um die Versammlung einer regierungsfremden Partei gehandelt, würde sich auch in diesem Falle der Herr Gendarm ohne Stuhl zu frieden gegeben haben. Jedenfalls deutet auch dieser Fall von neuem darauf hin, daß der Reichstag endlich einmal ein erstes Wort sprechen und dafür sorgen muß, daß der Beamtenwillkür endlich ein Riegel vorgeschoben wird.

**Der Rückgang des weiblichen Bevölkerungszuwachses in Preußen.** Ueber die Zahl der beiden Geschlechter kann man die verwegentesten Behauptungen hören. Tatsache ist, daß in fast allen europäischen Staaten das weibliche Geschlecht der Zahl nach überwiegt; nur im Orient ist die Zahl der Männer größer als die der Frauen. Ziffermäßig festzustellen ist dies für Rumänien, Serbien, Bulgarien und Griechenland. Ueber die Türkei liegen genaue Ziffern nicht vor; doch ist es sicher, daß es auch dort mehr Männer als Frauen gibt. Im Gegensatz zu Europa zeigen fast alle übrigen Erdteile eine stärkere männliche als weibliche Bevölkerung. In den Vereinigten Staaten beträgt der Ueberschuß des männlichen Geschlechts etwa zwei Millionen, in Britisch-Indien sogar 5 1/2 Millionen.

In Deutschland werden jährlich 60 000 Anaben mehr geboren als Mädchen. Trotzdem überwiegt das weibliche Geschlecht in seinem Bestande das männliche erheblich, vor allen Dingen deshalb, weil mehr männliche Säuglinge sterben als weibliche. Es ist nun eine eigentümliche Erscheinung, daß bei den letzten Volkszählungen der Ueberschuß des weiblichen über das männliche Geschlecht einen Rückgang aufgewiesen hat. Für Preußen liegen die endgültigen Volkszählungsergebnisse bereits vor, und es ist aus ihnen folgendes festzustellen: Es waren bei der letzten Volkszählung in Preußen vorhanden 19 847 725 (i. J. 1905 18 398 930) männliche und 20 317 494 (18 894 334) weibliche Personen. Die Zahl der männlichen Personen hat sich also in der letzten fünfjährigen Zählungsperiode um 1 448 795, die der weiblichen nur um 1 423 160 vermehrt, mithin um 25 635 geringer als die der männlichen. Schon vor 1900 bis 1905 hatte die Zahl der männlichen Personen um rund 32 000 mehr zugenommen als die der weiblichen. Trotz des Rückganges in der Steigerungsziffer weist das weibliche Geschlecht bei der letzten Volkszählung immer noch einen Ueberschuß von 469 769 Köpfen über das männliche auf. Vor zehn Jahren betrug der Ueberschuß der Frauen 529 601. Verschiebt sich das Verhältnis in derselben Weise weiter zugunsten der Männer, so würde in etwa 90 Jahren das männliche Geschlecht dem weiblichen an Zahl gleich sein; unter Berücksichtigung

des allgemeinen Bevölkerungszuwachses würde der Ausgleich sogar noch wesentlich früher eintreten. Zurzeit sind allerdings unter 1000 Personen in Preußen 506 Frauen und 494 Männer vorhanden.

Geht man den Gründen in die allmähliche Verschiebung zugunsten des männlichen Geschlechts nach, so wird man sie finden müssen einmal in der geringer gewordenen Auswanderung, an der das männliche Geschlecht weit stärker beteiligt zu sein pflegt als das weibliche, sodann in der sehr starken, wenn auch für die letzte Zählungsperiode noch nicht ziffermäßig feststehenden Zunahme der sich in Preußen aufhaltenden Reichsausländer, die zum größten Teil aus männlichen Personen bestehen. Endlich wird aber auch die erfreuliche Abnahme der Säuglingssterblichkeit, an der das männliche Geschlecht schon infolge seines stärkeren Anteils an den Geburten mehr beteiligt sein muß als das weibliche, den Rückgang des weiblichen Ueberschusses mit verursacht haben.

**Gewervereins-Zeil.**

**Frankfurt a. M.** In den letzten Wochen hat der Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren mehrere öffentliche Agitationsversammlungen abgehalten, die durchweg einen guten Verlauf nahmen. Am 28. August referierte in Offenbach Kollege Dreiwitz über „Zweck und Ziele der Deutschen Gewerbevereine“, wobei er auch den Frankfurter Tarifvertrag des sozialdemokratischen Bäckerverbandes einer scharfen Kritik unterzog. An der Diskussion beteiligte sich auch der Beamte dieser Organisation, Herr Krumelt, der sich aber weniger durch Sachlichkeit und Wissen als durch sein hartes Stimmorgan auszeichnete. Der Herr Ständehalter so sehr, daß die Versammlung vorzeitig geschlossen werden mußte.

Am Abend desselben Tages fand in Homburg eine Versammlung statt, in welcher Kollege Walzer die Frage erörterte: „Was will der Gewerbeverein der Bäcker?“ In längeren Ausführungen erläuterte er das Programm der Hirsch-Dunckerischen Gewerbevereine und ihre Weltanschauung. Die sogenannten freien Gewerkschaften haben mehr und mehr von ihren ehemaligen Anschauungen über Bord werfen müssen und sich den Prinzipien der Deutschen Gewerbevereine genähert. Der Redner ging dann auf die in der Bäckergefellensbewegung im Vorbergrunde stehenden Fragen ein und erläuterte die Stellung der Gewerbevereine dazu. Auch in dieser Versammlung verjagte Herr Krumelt sein Licht leuchten zu lassen, hatte aber ebenso wenig Glück wie am Nachmittag. Kollege Walzer wies in seinem kurzen Schlusswort die unwahren Behauptungen des Gegners zurück, der seine freie Zeit lieber darauf verwenden sollte, die Geschichte der Arbeiterbewegung zu studieren.

Auch in einer öffentlichen Versammlung in Hanau verjagte der genannte Herr Krumelt durch Ständehalterei die Bäckergefellens für sich zu gewinnen, aber ebenfalls mit negativem Erfolge. So haben alle drei Versammlungen beweisen, daß der Zentralverband in unserer Gegend keinen Boden hat, und daß es bei eifriger Betätigung, an der es die Kollegen hoffentlich nicht fehlen lassen werden, unserem Gewerbeverein der Bäcker nicht schwer fallen kann, auch den letzten Gefellen heranzuholen. Darum freich, Kollegen, an Werk!

**Wiesbaden.** Zu einer gründlichen Abrechnung mit dem gelben Bund der Bäckergefellens kam es in einer von diesem selbst einberufenen öffentlichen Versammlung, die am 17. August hier tagte und sehr stark besucht war. Als Referent trat der Führer der Gelben, Herr Wischnowsky-Berlin selbst auf, der über die letzten Lohnbewegungen und das Waderwort referierte. Obgleich Redner 1 1/2 Stunden gesprochen hatte, sollten die Gegner des Bundes noch nicht einmal 20 Minuten Redezeit in der Diskussion erhalten. Dies führte zu einem großen Tumult, und die stark vertretenen Mitglieder des Zentralverbandes verließen endlich, nachdem sie eine gegen den gelben Bund gerichtete Resolution verlesen hatten, mit einem Huch auf ihren Verband den Saal. Nun glaubte Herr Wischnowsky und auch der Leiter der Versammlung freie Bahn zu haben. Sie irrten sich aber. Unser Kollege Dreiwitz-Frankfurt a. M. verlangte das Wort und erhielt dasselbe auch nach längeren Auseinandersetzungen. Es war unserem Redner leicht, die Ausführungen des Referenten zu widerlegen und die „Erfolge“ des Bundes in ihrem wirklichen Lichte zu schildern. Nichts ist von den Wadermeistern erreicht worden, die vollständig unter dem Einfluß der Großunternehmer stehen. Wenn Vorteile für die Gefellen erreicht werden sollen, dann müsse sich der Bund unabhängig machen und sich gewerkschaftlich betätigen. Kollege Dreiwitz schloß seine wirkungsvollen Darlegungen mit der Warnung, daß, wer es ernstlich mit sich und seinen Berufskollegen meine, dem Bunde den Rücken kehren und sich dem Gewerbeverein der Bäcker und Konditoren anschließen müsse.

Der starke Beifall, der unserem Redner gependet wurde, zeigte Herrn Wischnowsky am besten, daß die Mehrzahl der Rainer Bundesmitgliederschaft so weit aufgeklärt ist, daß sie völlig auf Gewerbevereinsboden steht. Herr B. gab denn auch kein bei und ergänzte, daß, wenn auf dem Bundesstag ein solcher Antrag eingebracht werde, er sich gewerkschaftlich betätigen würde, woran er aber selbst nicht glaubt. Umomehr wird dafür gesorgt werden, daß auch die Rainer Kollegen mehr und mehr erkennen, daß ihre Interessen am besten im Gewerbeverein gewahrt werden und hinter ihren Frankfurter Kollegen nicht zurückbleiben.

**Schweidnik.** Obgleich die Bevölkerung und insbesondere die Arbeiterklasse ohnehin schon unter einer schweren Teuerung der Lebensmittel und aller Bedarfsartikel leidet, wird hier der Versuch gemacht, nun auch noch eines der wichtigsten Nahrungsmittel, die Milch, zu verteuern. Eine gewaltige Aufregung hat sich deshalb der ganzen Einwohnerschaft bemächtigt, und überall ist das Verlangen nach Protest gegen diese Mißhandlung laut geworden. Die organisierten Arbeiter unserer Stadt haben diesen Protest zuerst zum Ausdruck gebracht, indem sie am 20. August zwei öffentliche Versammlungen einberiefen. Die von den christlichen Gewerkschaften und unserem Ortsverbande veranstaltete Versammlung fand im Volksgarten statt. Der überaus starke Besuch zeigte am besten, welche Erbitterung in allen Kreisen herrscht. Unsere Versammlung wurde vom Ortsverbandsvorsitzenden, Kollegen Winkler, geleitet. Neben ihm hatten noch Kollegen Beckendorf und zwei Mitglieder der christlichen Gewerkschaften am Vorstandsstische Platz genommen. Das Referat hielt Kollege Köhner. Erstaus der sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise entledigte. Ganz objektiv schilderte er, wie in den letzten Jahren alles teurer geworden ist, was namentlich auf eine verkehrte Wirtschaft, und Sozialpolitik zurückzuführen sei. Unter diesen Umständen müsse die Einwohnerschaft von Schweidnik gegen die Mißpreisbildung entschieden Widerpruch erheben. Denn es handle sich dabei nicht um eine vorübergehende Erhöhung, sondern um eine dauernde Preisverhöhung. Die Erfahrung habe gezeigt, daß man nur in den seltensten Fällen wieder auf die früheren niedrigeren Preise zurückfahre. Durch diese fortwährende Lebensmittelveuerung würde notwendig eine Unterernährung des Volkes und eine Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter herbeigeführt. Da alle anderen Mittel nichts helfen, müsse hier die Selbsthilfe angewandt und gegen die Verteuerer der Dankschuldigkeit werden. Das Schicksal der Bevölkerung zusammenhalten und den Mißbrauch der Bewirtschaftung aufzusuchen, und den Mißbrauch schon wieder zu den früheren Preisen zurückzuführen. Ein in der Diskussion auftretender Redner, der die Erhöhung des Milchpreises für unredigierlich suchte, fand kein Verständnis für seine Ausführungen. Um so lebhafteren Beifall erntete Kollege Köhner, als er in seinem Schlußwort diesen Herrn wiederlegte und nochmals für die Durchführung des Beschlusses eintrat. Am Schluß der Versammlung wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in welcher zum Ausdruck gebracht wurde, daß eine dauernde Verteuerung der Milch nicht begründet ist und daß die Versammlung sich verpflichtet, gegen die Mißpreisbildung sich mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen und jede verteuerte Milch zurückzuweisen.

Auch in der Versammlung der freien Gewerkschaften fand diese Resolution einstimmige Annahme. Es darf wohl erwartet werden, daß wenn im Sinne der Resolution gehandelt wird, die Verteuerung des so wichtigen Nahrungsmittels verhütet werden kann. x

**Verbands-Teil.**

**Zur dringenden Beachtung für die Ortsverbandsvorstände!**

Ein großer Teil der Ortsverbände hat noch immer **die Fragebogen** betreffend die Beteiligung an sozialen Wahlen, nicht eingesandt. Da die Fertigstellung der Sta-

tistik drängt, erlauben wir dringend, das Versäumte schleunigst nachzuholen, und senden deshalb an die Schriftführer aller derjenigen Ortsverbände, die noch ausstehen, nochmals ein Formular zu sofortiger Ausfüllung und Rücksendung. Sollten dann innerhalb 14 Tagen immer noch Ortsverbände ihrer Pflicht nicht nachgekommen sein, so müßten dieselben an dieser Stelle namentlich aufgeführt werden.

Mit Gewerkevereinsgruß  
der geschäftsführenden Ausschuss  
F. Neustedt, Verbandssekretär.

**Frauen-Registriertafel**  
des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine (G.D.).  
Luitung über eingehende Beiträge.  
Monat August 1911.

Bauhauwerker: Königsberg 11. 455, Eingelmtg. 72 234. Fabrik- und Arbeiter: Eberbach 15,47. Graph. Perzeu und Waler: Berlin III 2,87, Dresden 2,34. Saarbrücken 7,28, Eingelmtg. 4,08. Kaufleute: 3694 0,78, 3850 u. 3778 4,05. Porzellanarbeiter: 864 1,56, Wolfenbüttel 2,34, 1922 0,78, 1930 1,00, 1575 2,34. Schneider: 1505 0,25, Eberfeld 3,25, Stettin 8,84, Weihenfeld 28,86, 1765 1,30. Schuhmacher und Lederarbeiter: Halberstadt 10,53, Hohenverda 10,27, Raudel 19,24, Reubaldenleben 1,73, Raderborn 1,06, Rosen I 0,25, 2842 2,70. Textilarbeiter: Alpolza II 2,40, Cottbus 4,65, Delmbredts 15,11, Weihen 4,70, Pfersee 2,34, 2368 2,08. Töpfer: Rathenow 31,58. Summa Markt 234,72.

Berlin, im September 1911.  
R. Klein, F. Neustedt,  
Hauptkassierer, Hauptkontrollierer.

**Versammlungen.**

**Berlin.** Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.D.), Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, Greifswalderstr. 221-23. Mittwoch, 12. September, Vortrag des Kol. Lewin über: "Marxismus" u. a. VolkJährliches Ergehen erwünscht. Gäste willkommen. — **Gewerkevereins Liebertafel (G.D.).** Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Liebungshunde 1. Verbandshaus, der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste will.

**Orts- und Wehlnalversammlungen.**

**Cottbus (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Hansen, Sandowstr. 42. — **Dörfelberg (Volkswirtschaftsschule).** Jeden Montag, abds. von 9—11 Uhr, 1. Verbandshaus, Ruffinsstr. 39. Sitzung. — **Eberfeld (Waren).** (Ortsverband). Jeden 1. Mittwoch im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Vertreterkongress bei Roggenkämper, Eberfeld, Kufenstr. u. Erholungsstr.-Ecke. — **Selsenkirchen (Ortsverband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbands-Vertreterkongress, vormittags 10 Uhr, im Verkehrslokal G. Simon, Alter Markt. — **Haaren b. Wachen.** Jeden 3. Sonnabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distriktsabend bei Kubewig. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distriktsabend find. jed. Sonnabend 1. Monat i. Passage-Rest. Dr. Braubausstr. 11. — **Hannover-Linden und Umgegend (Ortsverband).** Sonntag, 17. Sept., 10. 3/4 Uhr Ausflugszug in der "Königswohrt", Brühlstr. 12. Kein Vertreter darf fehlen. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch, abds. 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poststr., Distriktskumbe. — **Iserlohn (Distriktsklub).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Jander, Oststr. — **Leipzig (Gewerkevereins-Liebertafel).** Die Liebungshunden

haben jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Stadt Hannover", Seeburgstr. 25, statt. Gäste und kumbegebene Mitglieder sind herzl. willkommen. — **Wahlheim - Ruhr.** Jeden 2. Sonntag im Monat, vormittags 10 1/2 Uhr Vertreterkongress im Verbandslokal bei Johann Wölter, Sandstraße 38. — **Wahlheim (Ortsverband).** Sonntag, 17. September, nachm. 3 Uhr in Halle, Gasthof zur "Koralle". 1. Rombinerte Ausflugszug. 2. Unsere Presse. 3. Bauhandwerkerfrage. 4. Öffentliche Mitgliederversammlung, Vortrag des Kollegen Bede r. Magdeburg über: "Was muß der Arbeiter über die Reichsversicherungsbildung wissen?" — **Stettin (Sängerchor der Gewerkevereine).** Die Liebungshunden finden jed. Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Hebel, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzl. willk. — **Legel (Distriktsklub)** bei Legel, Poststraße und Reinickendorf. Sitzung jeden Dienstag abds. von 8 bis 10 Uhr bei Köhner, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. — **Thorn (Bäder).** Jeden Sonntag nach dem 1. Ortsvereinsversammlung bei Nicolai, Hauptstr. 62. — **Weihenfeld a. S. (Seitungsabteilung der Gewerkevereine).** Liebungshunde jeden Dienstag abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal "Schweizerhaus", Südenstraße. Gehaltslebende Gewerkevereinskollegen sind willkommen. — **Weihenfeld (Ortsverband).** Jeden 1. Sonnabend im Monat Distriktsabend in Germanns Garten. —

**Neuerungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.**  
Boerde (Ortsverband). Emil Ebbinghaus, Vorsitzender, Altenboerde.

**Literatur.**

**Eingegangene Bücher und Broschüren.**  
Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

"In meinen Ruhestunden". Naturwissenschaftliche Anregungen und Mitteilungen für unsere Jugend. Herausgeber Prof. Dr. R. Smolian-Dannover. Monatlich ein reich illustriertes Heft und alljährlich eine Druckbeilage (Franshische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart). Halbjährlich 11,50.

**West-Marx's Deutsche!** Von Heinrich Cioch. Mit einer farbigen Karte Marx's. Verlag von J. F. Lehmann, München. Preis 50 Pfennig.

Die Arbeitslosenunterstützung in Reich, Staat und Gemeinde. Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands für die gesetzgebenden Körperschaften des Reichs und der Bundesstaaten und für die Gemeindevertretungen. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (G. Legien). Preis 11. —

**Jahrbuch für die soziale Bewegung der Industrie-Beamten.** Herausgegeben vom Vorstand des Bundes der technisch-industriellen Beamten. 5. Jahrgang 1911. 2. Heft. Preis 1,50 RM. Industriebeamten-Verlag, G. m. b. H., Berlin NW. 52.

**Moderne Wege zur Bildung für alle,** welche höhere Schulen nicht besuchen konnten. Von Dr. J. Rudion. Verlag von R. Ad. Emil Müller in Stuttgart. Preis: geheftet 1,80, geb. 2,50.

Aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. (Fortchritts-Bibliothek. 8. Heft.) Von Arbeitersekretär Varnholt. Herausgegeben von der Zentralgeschäftsstelle der Arbeitergemeinschaft der liberalen Kreisverbände Bayerns in München. Buchhandlung Nationalverein, G. m. b. H., München, Herzog Maximilianstr. 4, III. Preis 50 Pf.

**Anzeigen-Teil.**

Insertate werden nur gegen vorzeitige Bezahlung aufgenommen.

**VEREINS-ABZEICHEN u. STAMPEL ALLEN ART**  
betreffend den Gewerkevereinskollegen Hilfe und schnell  
Königsberg, Gravier-Anstalt  
Stempel- u. Vereinsabzeichenfabrik  
G. TRENKEL, KÖNIGSBERG I. Pr.  
Nicolaisstrasse 29.

**Friedrich Raumann.**  
**Neudeutsche**  
**Wirtschafts-Literatur**  
3. überarbeitete Auflage.  
Fortschritt (Buchverlag der „Hilse“),  
G. m. b. H., Berlin-Schöneberg 1911.  
Das anfanglich und seitdem gezeichnete Buch behandelt in den 5 Hauptabschnitten 1. Das neue Wirtschaftslokal. 2. Die Materie in der Wirtschaft. 3. Der Gütertausch. 4. Die Organisation der Arbeit. 5. Der Staat im Wirtschaftsleben.  
Das Buch ist in dauerhaftem Einband für Gewerkevereinsmitglieder zum Verkaufspreis von 3 RM. einschließlich Porto vom Verbandsbureau zu beziehen. Bestellungen sind unter gleichzeitiger Einlegung des Betrages an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/23 zu richten.

**Der Zentral-Arbeitsnachweis**  
der Berliner Ortsvereine (Hitzig-Pausler)  
NO. 55, Greifswalderstraße 221-23  
wird hiermit jedermann zu unentgeltlicher Vermittlung empfohlen.  
Sprechstunde: Amt VII, Nr. 4720.

**Langendreer.** Das Ortsgeheimnis des Ortsvereins der Maschinenbauarbeiter durchreisende Gewerkevereinskollegen wird ausgezahlt beim Kassierer Heinr. Brod in Berner b. Langendreer, Bahnhofstr. 83.

**Gelsenkirchen (Ortsverband).** Durchreisende Mitglieder erh. ein Ortsverbandsgeheimnis in Höhe von 75 Pfg. beim Ortsverbandskassierer Wilhelm Waler, Bochumer Straße 25, in der Zeit von mittags 12-1 und abends von 7-8 Uhr.

**Saarbrücken (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfennig bei den Ortsvereinskassierern oder im Sekretariat Saarbrücken Neuwieserstr. 42.

**Danzig (Ortsverband).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten beim Kassierer Hermann Metzger, Fischmarkt 10, Bergplatzarten

**Alm a. D. (Ortsverb.).** Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 1 Mark Unterstufung beim Ortsverbandskassierer Seiner, Pflanzgasse 17.

**Siedlitz (Ortsverb.).** Wandernde Kollegen erhalten Bergplatzarten im Werte von 75 Pfg. bei ihren Ortsvereinskassierern. Retirenden, deren Ortsverein nicht vertreten ist, beim Ortsverbandskassierer H. Krich, Ober-Steinweg 6 II. Arbeitslose Kollegen, welche hierher kommen und wegen Arbeit Ansuchen erhalten, ein Ortsgeheimnis von 50 Pfg. nur beim Ortsverbandskassierer.

**Banzen.** Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr von 1. April bis 1. Oktober 75 Pfg. bei G. Gerbe, Kornmarkt 9.

**Kowawes.** Ortsverbandsgeheimnis für durchreisende Kollegen beim Kassierer W. Gasse, Müllerstr. 7. Arbeitsnachweis bei Hermann, Lindenstraße (Restaurant).

**Wanne (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten auf dem Bureau der Bergarbeiter, Bahnhofstraße 207, eine Reiseunterstufung von 75 Pfg. Dasselbe Arbeitsnachweis.

**Stettin (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen erhalten Bergplatzarten im Werte von 1,20 RM. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Ballmerstr. 22 im Laden. Die Verbandsbroschüre befindet sich Elisabethstraße 49 (Jäger's Wirtschaftshaus).

**Wensitz (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. bei August Reimer, Friedrichstraße 86.

**Magdeburg (Bauhauwerker).** 75 Pfennig im Bureau, Rathenowstraße 2/3 II.

**Spanbau (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. im Ortsgeheimnis im Verbandslokal "Kühn'sches Zeit", Müllerstr. Ecke Bismarckstr.

**Verbandsbedarf, Fahnen, Abzeichen, Theaterdekorationen.**  
Wilm. Lütz 160 Leutl.  
Wilhelm Hamann,  
Düsseldorf, Fahnenfabr.

**Dortmund (Ortsverb.).** Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Ortsgeheimnis im Gewerkevereinsbureau, Burgmunbstr. 24 I. Außerdem erhalten dasselbe durchreisende Former 75 Pfg. von der Former-Sektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

**Gannu I. W. (Ortsverband).** Durchreisende Mitglieder erhalten 75 Pfg. Reisegeheimnis, zugereifte und arbeitende Kollegen eine Karte, gültig für Abeneben, Nachtlöge und Frühstück beim Verbandskollegen Friedrich Müller, Kleeblattstraße 51.

**W. Gladbach-Wehdyt (Ortsverband).** Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten 60 Pfg. Reiseunterstufung im Gewerkevereinsbureau, Eilipferstraße 180. Dasselbe auch Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.